



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Im Schlosse machte man sich unter dieser doppelten Heimjuchung, durch den Krieg und durch den Winter, so klein als möglich. Man sprach in kurzen Sätzen, mit leiser Stimme; man duckte sich in Verzweiflung. So groß war die Gefräßigkeit dieser schwerfälligen Leiber, daß sie unausgesetzt hamsterten und dabei unglaubliche Mengen von Schweine- und anderm Fleisch verschlangen. Die Soldaten nudelten sich mit rohem Speck; die Offiziere tranken, da kein Champagner gereicht wurde, den Schaumweinkeller leer. An die gleichmäßige Wärme ihrer Öfen gewöhnt, unterhielten sie riesige Feuer, indem sie die Holzscheite kunterbunt in die Kamine warfen oder kerzengerade darin aufstellten. Der Vorrat fürs Jahr war mitunter in acht Tagen verbrannt. Die Marmorplatten der Kamine platzten. Man hatte kaum Zeit, alles zwischen jedem Schub (fournée) wieder in Ordnung zu bringen.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Ein Beitrag zur Frage der mitteleuropäischen Zollunion. Auf dem letzten Binnenschiffahrtkongreß in Breslau hat Dr. Vosberg-Neckow die Frage von Zolleinigungen in Mitteleuropa vom Standpunkt der Verkehrspolitik erörtert und ist dabei zu folgenden Schlüssen gelangt: Eine Zolleinigung mit Österreich müßte folgerichtig auch Ungarn umfassen; mit Holland wäre sie leicht und vorteilhaft, mit der Schweiz ohne wesentliche Erschütterungen durchführbar, aber die Vereinigung mit Österreich würde eine so schwere Krise für so viele Industriezweige bedeuten, daß sie durch den erreichten Vorteil vielleicht gar nicht aufgewogen werden dürfte. — Diese Ansicht blieb jedoch nicht unwidersprochen, indem von deutsch-österreichischer Seite die Zollunion als notwendig und durchführbar bezeichnet wurde. Nach den vorliegenden Berichten ist sowohl in dem Referat als auch in der sich daran knüpfenden Debatte das rein politische Gebiet nicht gestreift worden, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die erwähnte Kundgebung für die Zollunion mindestens ebenso sehr aus politischen und zwar aus nationalpolitischen Gründen wie aus wirtschaftlichen erfolgte. Das ist auch ganz natürlich. Die Forderung nach einer Zollunion mit Deutschland hat längst in mehrere deutsche Parteiprogramme in Österreich Eingang gefunden. Daß das aus wirtschaftlichen Gründen geschehen wäre, läßt sich allerdings kaum behaupten. Es waren die vorgeschrittenen deutschen nationalen Parteien, die damit den Anfang machten, und zwar ohne sich über die wirtschaftliche Bedeutung der Sache klar zu sein. Man glaubte eben, in der Zollunion die Form für den staatsrechtlichen Wiederanschluß Österreichs an Deutschland gefunden zu haben. Das ist der Standpunkt, von dem aus die Mehrheit der Freunde der Zollunion in Österreich diese Frage betrachtet, und darum ist es vielleicht nicht überflüssig, die deutsche Öffentlichkeit zur Untersuchung der nationalpolitischen Konsequenzen anzuregen, die eine Zollunion zwischen beiden Reichen für Deutschland haben würde.

Zu Anfang dieses Jahres veröffentlichte ein französischer Publizist eine überaus pessimistische Betrachtung über die handelspolitische Lage Frankreichs. In Deutschland und Österreich — das ist der Kern seiner Darlegungen — nähmen die Freunde einer Zollunion zwischen beiden Staaten zu. Für Frankreich eröffneten sich damit die düstersten Aussichten. Deutschland habe schon heute Frankreich einen großen Teil seines Weltmarkts entziffen. Käme nun die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich zustande, dann würde die deutsche Industrie einen neuen, un-

geahnten Aufschwung erleben. Die aus Österreich in Massen zufließenden billigen Arbeitskräfte würden die deutsche Industrie in den Stand setzen, ihre Herstellungskosten bedeutend zu reduzieren und so die französische Industrie sogar im eignen Lande zu schlagen und zu vernichten. — Von einiger Übertreibung abgesehen ist das Kalkül des französischen Publizisten nicht unrichtig. Der wirtschaftliche Effekt der Zollunion würde vor allem darin bestehen, daß die Vereinigung der stärkern deutschen Kapitalmassen mit den billigern österreichischen Arbeitskräften eine ganz bedeutende Verbilligung und damit Steigerung der deutschen industriellen Produktion herbeiführen würde. Für den Zweck dieser Zeilen sind aber die wirtschaftlichen Konsequenzen der Zollunion für Deutschland Nebensache, auch auf die Möglichkeit einer Revolutionierung des deutschen Arbeitsmarkts soll nicht eingegangen werden. Festzuhalten ist nur, daß Deutschland seinen Hauptvorteil aus den infolge der Zollunion aus Österreich zufließenden billigen Arbeitskräften ziehen würde. Und da muß man sich nun fragen, welcher Art diese Arbeitskräfte sein würden. Deutsche? Nur zum geringen Teil. Einmal stellen die Deutschen ein verhältnismäßig geringes Kontingent von Lohnarbeitern, und dann ist der Deutsche als gelernter Arbeiter weil kultivierter, auch anspruchsvoller, mithin nicht um viel billiger als der reichsdeutsche. Die Hauptmasse der nach Deutschland strömenden billigern Arbeiter würde sich aus dem großen Überschusse der slawischen Agrarbevölkerung Österreichs rekrutieren, und darin liegt das in nationalpolitischer Beziehung für Deutschland Bedenkliche einer Zollunion mit Österreich. Schon heute hat Deutschland gegen die Bildung slawischer Agitationsherde in industriellen Bezirken sogar im Westen des Reichs anzukämpfen. Diese Gefahr würde aber im Falle der Zollunion ins Ungemessene wachsen, denn während es die deutschen Regierungen heute in der Hand haben, sich des Zufließens österreichisch-slawischer Arbeiter auf dem Polizeiewege zu entledigen, würde Deutschland, mit Österreich zollpolitisch geeinigt, über keinerlei Mittel mehr verfügen, sich der slawischen Invasion zu erwehren, da die Freizügigkeit als ein integrierender Bestandteil jeder zollpolitischen Vereinigung erscheint. Anders ist es auch nie aufgefaßt worden, wie schon der ganze Gedankengang des erwähnten Artikels des französischen Publizisten beweist, der ja gerade das ungehinderte Zufließen billiger österreichischer, also slawischer Arbeitskräfte nach Deutschland als wesentlich für die Zollunion ins Auge faßt. Um das aber auch nach seiner nationalpolitischen Seite hin zu würdigen, muß man sich den Slawifizierungsprozeß, wie er sich in Österreich vollzieht, vergegenwärtigen. Die landläufigste Formel zur Erklärung dieses Prozesses lautet natürlich: Die Regierung ist schuld! Bekanntlich das bequemste Argument, das aber wie in so vielen Fällen auch in diesem nicht zutrifft. Die Regierungen von Taaffe bis Thun haben sicher so manche Sünde auf ihrem Gewissen, aber um das Vordringen des Slawentums in Österreich zu erklären, bedarf es nicht der Berufung auf planmäßige Akte dieser Regierungen. Vor ihnen, nämlich unter den deutsch-liberalen Ministerien, waren schon genau dieselben Erscheinungen zu verzeichnen, und das ist ja auch ganz begreiflich, da sie nicht politische, sondern ökonomische Ursachen haben. Sprachenverordnungen und andre administrative Maßregeln konnten die Slawifizierung in Österreich vielleicht fördern aber nicht hervorrufen, denn ihr Erreger ist die auf dem starken Überschusse der slawischen Agrarbevölkerung beruhende Expansionskraft des Slawentums. Dieser Überschuss verhindert ein Steigen des Arbeitslohns, da der slawische Arbeiter, weil unkultivierter, auch anspruchsloser ist, und veranlaßt den deutschen Arbeiter vielfach, seine Heimat zu verlassen, um in Deutschland einen bessern Lohn zu suchen, und ihm rückt der slawische Arbeiter in die deutschen Industriegebiete nach. Überall in Österreich hat so der Slawifizierungsprozeß begonnen, und das deutsche industrielle Kapital hat in der That in Böhmen und Mähren auf diese Weise mehr tschechisiert als sämtliche österreichischen Regierungen seit 1879 zusammen-

genommen. Die brutale Thatsache, daß das Unternehmertum immer den billigeren Arbeiter anzieht, ist stärker als alles nationale Raisonnement. Zielen die Zollschranken zwischen Deutschland und Österreich, dann würden in Deutschland ganz genau dieselben Erscheinungen zu Tage treten; zur polnischen Invasion gesellte sich die weit stärkere tschechisch-slowenisch-slowakische, und kein Gesetz, keine administrative Maßregel wäre imstande, die Bildung slawischer Agitationsherde zu verhindern. Dem Zuge nach dem Westen wäre Thor und Thor geöffnet. Hält man dies fest, dann mag es allerdings seltsam erscheinen, daß gerade die vorgehrittenen Deutschnationalen in Österreich die Zollunion und damit eine Politik vertreten, die wohl im Interesse des industriellen Unternehmertums in Deutschland, nicht aber im nationalen Interesse des Reichs läge. Aber auch das ist bald erklärt. Die deutschen Parteien in Österreich haben bis auf den heutigen Tag immer nur deutsch-österreichische Politik gemacht, d. h. eine Politik, die das Deutschtum in Österreich in den Mittelpunkt des nationalen Lebens der gesamten Nation zu stellen und ihm alle ihre Kräfte dienstbar zu machen sucht, niemals aber deutsch-nationale Politik, die die Gesamtheit der Nation, vor allem also ihre im Deutschen Reich politisch organisierte Mehrheit umfaßt. Den deutsch-österreichischen Parteien gilt gemeinhin als national, was den Deutschen in Österreich frommt, gleichgiltig, ob es für die Nation in ihrer Gesamtheit nützlich oder schädlich ist. So sehr sie Bismarck verehren und ihn im Munde führen, seine nationale Politik ist ihnen auch heute noch ein Buch mit sieben Siegeln, und so gehört die Zollunion zu dem eisernen Bestande ihres nationalen Programms, obgleich sie gerade aus nationalen Erwägungen vom Deutschen Reich abgelehnt werden muß.

Wien

Julius Paetzl

Die Poesie in der Türkei. Memduh Bey, ein bekannter türkischer Dichter, der jetzt in London eine politische Zeitung herausgeben will, in der auch von Zeit zu Zeit seine Poesien veröffentlicht werden sollen, schreibt an die Daily Mail über den heutigen Stand der poetischen Kunst in der Türkei: „Die absteigende Bewegung hat mit der Thronbesteigung des jetzigen Sultans ihren Anfang genommen. Bis dahin gab es in der Türkei nicht allein eine wirkliche klassische Litteratur, sondern auch eine Künstler- und Musikerschule; alle diese Institute sind durch den unheilvollen Einfluß des Sultans zu Grunde gegangen, und so haben auch die chemischen, die astronomischen und sogar die geographischen Studien aufgehört. Niemand wagt ein Buch von irgendwelchem litterarischem Wert zu veröffentlichen. Jeder Schriftsteller gilt sofort als politisch verdächtig und ist Verfolgungen ausgesetzt, wenn seiner Feder etwas andres als Gemeinplätze entfließen. So kommen nur wertlose Pamphlete heraus, die den Sultan und seine Regierung verherrlichen. Vergeblich sind die Versuche denkender Schriftsteller, wenn sie erklären, daß die von ihnen gebrachten Ideen nur das, was Ruskin, Voltaire, Racine oder andre große Männer gesagt haben, wiedergeben oder ausdrücken sollen; das einzige Resultat wird dann sein, daß alle Werke auch dieser Denker und Dichter in ihrer Gesamtheit in der Türkei verboten werden. Infolgedessen haben sämtliche litterarischen Türken von Bedeutung entweder schwere Verfolgungen erdulden oder ihre Heimat verlassen müssen, sodaß sie als Exilierte im Ausland leben. Der Sultan ist ein ganz besondrer Feind der Poesie, obwohl — oder vielleicht weil — sein gefangener Bruder Murad Effendi ein nicht unbegabter Dichter und auch ein tüchtiger Musiker ist. Früher wurde auch beständig neue charakteristische türkische Musik komponiert; das hat jetzt ganz aufgehört. Es giebt allerdings Dichter, Künstler und Schriftsteller von den besten Anlagen; aber die Herrschaft des Sultans hat ihre Fähigkeiten zu Boden gedrückt.“

11.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig